

Wohngeld in Hamburg: Zahl der Empfänger verdoppelt sich binnen eines Jahres

In Hamburg verdoppelte sich die Zahl der Wohngeldempfänger binnen eines Jahres. Gewerkschaften fordern Mietenstopp und faire Einkommen.

Die steigende Anzahl an Haushalten, die in Hamburg Wohngeld beziehen, wirft ein Schlaglicht auf die aktuelle soziale Situation in der Stadt. Ende 2023 erhielten bereits 27.205 Haushalte Wohngeld, was einem Anstieg von 103 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Entwicklung ist nicht nur eine Statistik, sondern unterstreicht dringende soziale Herausforderungen.

Wohngeld als Signal für soziale Notwendigkeit

Das Wohngeld wird in Hamburg insbesondere Bedürftigen zur Unterstützung gewährt, die sich die Miete oder die Belastungen für angemessenen Wohnraum nicht leisten können. Die Änderungen im Wohngeldrecht haben die Zahl der Berechtigten erweitert und die durchschnittliche monatliche Zahlung auf 318 Euro erhöht, was einem Anstieg von 46 Prozent innerhalb eines Jahres entspricht. Dies zeigt, dass immer mehr Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Anstieg der Anspruchsberechtigten

Von den 27.205 Haushalten, die im Jahr 2023 Wohngeld

erhielten, waren 12.810 Erwerbspersonen und 14.395 Personen aus nicht-erwerbsfähigen Haushalten, zu denen Rentner, Studenten und Arbeitslose zählen. Zusätzlich gab es noch 465 wohngeldberechtigte Teilhaushalte, in denen nur ein Teil der Mitglieder Anspruch auf Unterstützung hatte. Diese Zahl ist um 86 Prozent gestiegen.

Forderungen aus der Gewerkschaft

Tanja Chawla, die Vorsitzende der DGB Hamburg, bewertet die Lage als besorgniserregend und fordert substanzielle Maßnahmen, um die belastete finanzielle Situation der Hamburger zu entschärfen. Sie betont, dass die Einkommen der Menschen zum Leben ausreichen müssen, ohne dass sie auf Zuschüsse angewiesen sind. Chawla fordert einen Mietenstopp, damit die Preise für Wohnraum nicht weiter steigen.

Gesellschaftliche Implikationen

Die aktuellen Wohngeldzahlen sind mehr als nur ein Hinweis auf die erhöhte Unterstützung; sie sind ein Indikator für das wachsende Unbehagen in der Hamburger Wohnungspolitik. Chawla warnt davor, dass Wohngeld nicht dazu dienen sollte, überhöhte Mieten mit Steuergeldern zu subventionieren. Stattdessen müssten Lösungen wie der Bau von Sozialwohnungen und eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit in den Fokus rücken.

Schlussfolgerung

Die steigenden Wohngeldzahlen in Hamburg verdeutlichen den dringenden Bedarf an Maßnahmen gegen die galoppierenden Mietpreise. Diese Herausforderungen zeigen, wie wichtig es ist, dass politisch wirksame Antworten auf die soziale Ungleichheit gefunden werden. Die Forderungen nach einem Mietenstopp und mehr Sozialwohnungen stehen dabei im Mittelpunkt der Diskussion um eine zukunftsfähige Wohnpolitik in der Stadt.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de